

Beschluss A 3/2016

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in allen Bremer Stadtteilen

10 1. Soziale Ungleichheit, verfestigte Armut und die Frage nach der Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit

15 Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen hat sich in den letzten Jahrzehnten
deutlich erhöht, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Trotz
eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit hat die Armutsgefährdung zugenommen. Zwar
erfasst die amtliche Statistik seit dem Wegfall der Vermögenssteuer in Deutschland die
Vermögen und den Reichtum nicht mehr. Neuere Studien zeigen aber, dass die
20 Vermögensbesitzenden immer mehr Reichtum bei sich konzentrieren können und der
Staat und die arbeitenden Menschen demgegenüber „ärmer“ werden. Gleichzeitig sind
die Bildungschancen der Kinder in Deutschland und in Bremen immer noch zu sehr vom
sozialen Status der Eltern abhängig. Sozialleistungen aus der Renten- und
Arbeitslosenversicherung wurden gekürzt. Der Sozialstaat verfügt heute in Deutschland
nicht ausreichend über die notwendige soziale Infrastruktur und die Mittel, um z.B. den
25 Eltern mit Kindern, Alleinerziehenden, gering Qualifizierten, Migrantinnen und
Migranten, Langzeitarbeitslosen, älteren und pflegebedürftigen Menschen gleiche
Lebenschancen bieten zu können.

Dabei ist auch das grundgesetzliche Ziel der Verwirklichung gleicher Lebenschancen in
30 allen Teilen Deutschlands zunehmend aus dem Blick geraten. So gibt es heute
erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, einzelnen Regionen und den
Großstädten in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Entwicklung. In
den Großstädten entwickeln sich zudem die Stadt- und Ortsteile unterschiedlich. Die
damit einhergehende sozialräumliche Polarisierung führt zu unterschiedlichen
Lebenschancen, die durch eine soziale Stadtpolitik ausgeglichen werden müssen.

35 Bremen verfügt zwar in weiten Teilen über eine auf internationalen Märkten
konkurrenz-fähige Wirtschaft und ist auch heute noch eine lebens- und liebenswerte,
mittlerweile wieder wachsende Großstadt. Bremen muss jedoch trotz seiner
Haushaltsnotlage wegen des hohen Anteils prekärer Beschäftigung, der
40 vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit und verfestigten Armut auf massive eigene, gut
koordinierte Anstrengungen zur Armutsprävention, zur Verbesserung der sozialen
Infrastruktur und für mehr Chancengerechtigkeit setzen. Diese soziale Stadtpolitik
braucht aber, nicht erst jetzt, sondern seit der verstärkten Zuwanderung von
Flüchtlingen umso mehr, die aktive Unterstützung des Bundes und der anderen
45 Bundesländer sowie der Europäischen Union (EU).

50 2. Soziale Stadtpolitik in Bremen: Initiativen für mehr Chancengerechtigkeit und Armutsprävention

Die soziale Stadtpolitik beruht darauf, dass unterschiedliche Politikpfade durch den

55 Bremer Senat im Sinne eines politischen Lernprozesses und einer integrativen Steuerung miteinander koordiniert werden und die für den Erfolg notwendige soziale Infrastruktur Schritt für Schritt geschaffen wird. Eine Schwerpunktsetzung in Quartieren und Ortsteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf soll der sozialen Spaltung entgegenwirken und mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe ermöglichen. Der Unterbezirksparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf:

60 Für die Armutsprävention und Armutsbekämpfung bedarf es einer noch deutlicheren Schwerpunktsetzung in den sozial benachteiligten Gebieten, um die bereits heute sehr große Integrationsleistung (die angesichts der Zuwanderung von Flüchtlingen noch zunehmen wird) dieser Gebiete stärker zu unterstützen.

65 **Kinderbetreuung/Bildung**

- Die Schulen und Kindertagesstätten dieser Stadtteile sind regelhaft quantitativ und qualitativ der sozialen Problemlage entsprechend auszustatten.
- 70 • Mehr frühkindliche Bildung vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund. Wichtig sind dabei mehrsprachige Informationen zum Anmeldeverfahren in Krippen und Kitas sowie die Beratung der Eltern durch aufsuchende Elternarbeit, um über die Bedeutung für die soziale Entwicklung von Kindern in Krippen und Kitas zu informieren.
- 75 • Auf den Zuzug von Zuwanderinnen und Zuwanderern mit Kindern in Wohnungen muss besonders der Fokus gelegt werden. Ein schneller, unbürokratischer und unterjähriger Einstieg in Kinderbetreuungseinrichtungen und in Schulen ist der Grundstein für eine schnelle Integration.
- 80 • In den Kinderbetreuungseinrichtungen sollen Sprach- und Kulturlotsen verstärkt auch für die Elternarbeit eingesetzt werden.
- Mehr Plätze im Krippen- und Elementarbereich sind wohnortnah einzurichten.
- 85 • Mehr Sprachförderung in Kita, Grundschule und Oberschule. Vorhandene Ressourcen sind da einzusetzen wo ein großer Bedarf besteht. Die Ortsteile mit schlechten Ergebnissen bei den Cito-Sprachstandstests sind gezielt zu fördern. Ein durchgängiges und aufeinander abgestimmtes Sprachförderkonzept auf dem gesamten Bildungsweg ist umzusetzen.
- 90 • Alle Grundschulen müssen nach und nach zu Ganztagschulen umgewandelt werden, Ganztagsangebote sollen an den OS bis zur 8. Jahrgangsstufe finanziert werden.
- Mehr Sozialstrukturstunden in Schulen und Kitas.
- 95 • In den Grund- und Oberschulen ist die Obergrenze der Klassenfrequenzen einzuhalten; in den Krippen und Kitas darf die vorgegebene Gruppenstärke nicht überschritten werden.
- 100 • Ausweitung der Vorkursstunden an Grundschulen, sofern eine weitere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern nötig ist (zurzeit oft nur 20 Stunden/Woche für ein halbes Jahr).

Öffentliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose

105

Verstärkte öffentliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose (Sozialer Arbeitsmarkt) und mehr Plätze in den Gebieten der benachteiligten Ortsteile; Das Ziel besteht darin, möglichst viele Langzeitarbeitslose aus dem Stadt-bzw. Ortsteil in Gemeinwesen orientierten Einrichtungen zu beschäftigen.

110

Jugendberufsagenturen/Ausbildungsgarantie

Dezentrale Beratung vor Ort in den Stadtteilen durch die Jugendberufsagentur, um Jugendlichen die einen Ausbildungsplatz bzw. eine Perspektive nach der Schulzeit suchen, zu unterstützen. Die Begleitung, Beratung und Hilfestellung beim Übergang Schule und Beruf für Jugendliche aus benachteiligten Familien ist nötig und deshalb auszubauen.

115

Stadtteilbezogene Finanzierung

120

- Mehr Globalmittel sowie Fördermittel wie z.B. „Wohnen in Nachbarschaften“(WiN), Soziale Stadt und „lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS).Der Zuzug von Zuwanderern in einzelne Ortsteile ist dabei zu berücksichtigen.

125

- Mehr Mittel für die Jugendarbeit.
- Der Ausbau der aufsuchenden Altenarbeit ist gerade in den Stadt- und Ortsteilen wichtig, wo die Altersarmut heute schon besteht bzw. noch ansteigen wird. Vorhandene, gut angenommene Treffpunkte älterer Menschen sind zu sichern.

130

- Weiterer Ausbau der ambulanten Unterstützung von Flüchtlingsfamilien in Wohnungen der betreffenden Stadt- und Ortsteile. Nötig ist u.a. die Finanzierung einer Kontakt- und Koordinierungsstelle für die Beratung von Ehrenamtlichen, die sich im Stadtteil für Flüchtlinge und Zuwanderer engagieren wollen

135

- Ausbau von präventiven gesundheitsfördernden Angeboten in den Stadt- und Ortsteilen, um die festgestellten schlechten Gesundheitsdaten zu verbessern.
- Absicherung von Personal-,Betriebs- und Unterhaltungskosten der Familien- und Quartierszentren.

140

Wohnungspolitik

Bremen braucht daher bezahlbaren Wohnraum und einen geförderten Wohnungsbau für untere Einkommenschichten. Das Wohnungsbauprogramm des Senats ist zu erweitern, das Wohnungsangebot muss dabei besonders auch auf die Bedarfe von Senioren, Studierenden, Flüchtling Wohnungslose eingehen.

145